

Deutscher Verband kaufmännischer
Vereine.

Die gegenwärtig in Hamburg tagende Hauptversammlung des obigen Verbandes beschäftigt sich mit der Frage der Regelung der Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe und der Errichtung von Schiedsgerichten und beschloß dazu: „A. Für die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe ist es erforderlich: 1. daß neben der mit Strafweisung auszustattenden Vorschrift einer die Angestellten gegen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit sichernden Einrichtung des Betriebes und der Geschäftsräume in gleicher Weise auch die Arbeitszeit geregelt werden muß; 2. daß dies nicht lediglich analog den §§ 120a u. f. w. der Gewerbeordnung nur für Geschäftsinnen und Lehrlinge und durch Festsetzung einer höchstzulässigen Arbeitszeit, sondern außerdem unter Erwägung der auf das Mindestmaß zu beschränkenben Ansprüchen geschehen soll; 3. daß für Geschäftsinnen und Lehrlinge, die in anderen handelsgewerblichen Betrieben als Ladengeschäften angestellt sind, sich die Vorschrift einer höchstzulässigen Arbeitszeit empfiehlt. B. Für die Errichtung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Anstellungsverhältnis ist es notwendig: 1. daß die Schiedsgerichte nicht in Verbindung mit den Gewerbegerichten, sondern im Anschluß an die ordentlichen Gerichte ins Leben zu rufen sind; 2. daß bei der Rechtspredung derselben mindestens ein Beisitzer aus der Prinzipalschaft und ein Beisitzer aus dem Gehilfenstande mitwirken müssen, die aus freien getrennten Wahlen hervorgegangen sind; 3. daß durch entsprechende Prozeßvorschriften ein thunlichst beschleunigtes und kostenfreies oder doch möglichst billiges Verfahren angedreht werden muß.“

In Betreff der praktischen Ausbildung der Handlungslehrlinge wird beschlossen: 1. Es muß eine Höchstbauer der täglichen Beschäftigung von Handlungslehrlingen festgesetzt werden, welche zehn Stunden nicht überschreiten darf. Die Mittagspause muß mindestens auf eine Stunde bemessen sein. 2. Handlungslehrlinge dürfen nicht zu Dienstleistungen herangezogen werden, welche nach Drückbrauch den im Handelsgewerbe beschäftigten gewerblichen Arbeitkräften oder dem Gefinde obliegen. 3. Der Handlungslehrling muß für ihre theoretische Fortbildung eine freie Zeit von mindestens sechs Stunden wöchentlich zwischen 7 Uhr Morgens und 7 Uhr Abends gewährt werden, falls sie bei Nachweis erbringen, daß sie diese Zeit zum Besuche einer anerkannten kaufmännischen Fortbildungsschule oder entsprechenden Privatunterrichts verwenden. Für weibliche und männlich Handelsgesellen unter 18 Jahren, die eine genügende Bildung nicht nachweisen können, ist der Zwangsfortbildungsunterricht einzuführen. Die schriftliche Abfassung des Lehrvertrages ist zur Vorchrift zu machen.

Wegen der Bestellung kaufmännischer Konkursverwalter wurde beschlossen: Auf Grund der guten Erfahrungen, die im Allgemeinen mit der Thätigkeit kaufmännischer Konkursverwalter von den jeweiligen Gläubigern gemacht worden sind, empfiehlt der deutsche Verband kaufmännischer Vereine seinen Mitgliedern überall, wo die Verhältnisse es irgend gestatten, entschieden auf die gleichfalls zulässige Bestellung kaufmännischer Konkursverwalter zu dringen und durch Anträge an die Handelskammern diese zu veranlassen, den Konkursrichtern geeignete Konkursverwalter aus kaufmännischen Kreisen vorzuschlagen."

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die völlige Verschiebung der Kriegslage, die durch das Erscheinen des spanischen Kap Verbe-
Gewehrs in den Antillenengewässern herbe-
geführt wurde, gelangt in der Thatlage, da-
gegenbündlich achtzehn bis zwanzig amerikanische
Kriegsschiffe vor der Südküste Kubas ver-
sammelt sind, sümfällig zum Ausbruch. Schley
und Sampson starren, um ein bekanntes geflügeltes
Wort zu variiren, wie hypnotisirt auf das Lo-
be von Santiago und klümmern sich weder um die
Blockade von Habana und Cienfuegos, noch um
Puerto Rico, dem einzigen Gedanken nachhängend
das Geschwader Cerberas zu vernichten, bevor
Admiral Camara mit dem Cadiz' Geschwader
herantommen kann. Cerbera, der am 29. April
von den Kap Verbe'schen Inseln abfuhr, traf am
12. Mai in Martinique ein, hatte sonach zwei
Wochen gebraucht, um die westindischen Gewässer
zu erreichen. Camara, dessen Weg um gut ein
Drittel weiter ist als der Cerberas, wird ver-
muthlich an drei Wochen zur Ueberfahrt brauchen
zumal da einige seiner Schiffe nur geringe
Schnelligkeit, 10 bis 12 Seemeilen, zu entwickeln
vermögen. Camara hat angeblich erst am 3.
Juni Cadiz verlassen, Schley und Sampson
haben demnach etwa vierzehn Tage Zeit zur Ver-
zögerung Cerberas und Santiagos.

Ob diese ohne Zusammenwirken mit einer größeren, mit Artillerie versehenen Landarmee möglich ist, erscheint fraglich. Der Kanal, der die Einfahrt in die Bucht von Santiago bildet, wird auf der Ostseite durch das 200 Fuß hohe gelegene alte Kastell del Morro verteidigt, das mit seinen hohen freistehenden Mauern freilich geringen Werthethum hat; aber etwa unterhalb des Kastells liegt auf dem zum Meer abfallenden Hang eine neue Batterie, die mit fünf 25-Zentimeter-Geschützen neuen Modells und einer Anzahl alter Kanonen bemehrt sein soll. An der gegenüberliegenden Küste, nächst dem Dorfe la Escapa, haben die Spanier eine zweite Batterie errichtet und durch Anbringung von alten Eisenbahnschienen, die ihnen in Folge Auflösung der Erzgrubebahn nach El Cobre in genügender Menge zur Verfügung stehen, mit einer Art Panzerung versehen. Velde Werke nehmen die Einfahrt in Kreuzfahr, die überdies von der eine Seemeile weiter nördlich gelegenen Batterie auf der Halbinsel Gorda der ganzen Länge nach beschieden wird. Endlich haben die Spanier die Einfahrt durch Anbringung von vielen Wehen Seminen gesperrt. Die Unschiffbarkeit dieser Wertheibungsanlagen ist kaum ohne Aufopferung einiger Schiffe durchführbar, wofür die spanischen Artilleristen auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Dabei kommt aber auch in Be-

tracht, daß der Untergang eines einzigen amerikanischen Schiffes im Kanal dieselbe für die Angriffsflotte vielleicht gerade in einem Augenblicke, wo ihr dies höchst unangelegen kommen könnte, sperren würde. Schley und Sampson werden sich bald entschließen müssen, ob sie die Einfahrt in die Bucht erzwingen oder dem spanischen Geschwader die Ausfahrt verrammeln wollen. Vorerst scheinen sie, vielleicht in Folge des nicht gelungenen Versuchs, durch die Opferring der „Merrimac“ Cervera bei Santiago „einzufassen“, die spanischen Batterien aufzumenschießen zu wollen, um beim Eindringen in die Bucht wenigstens keinem Flankenfeuer ausgesetzt zu sein. Auf diese Absicht deutet wenigstens eine Drachmeldung des Madrider „Imparcial“ aus Santiago, wonach das aus 20 Schiffen bestehende amerikanische Geschwader am Sonnabend Abend 10 Uhr das Bombardement wieder begonnen habe; es habe 45 Minuten gedauert, doch hätten die Geschosse die Batterien nicht erreicht, die deshalb auch garnicht geantwortet hätten.

Nach der gestern Nachmittag aus Kingston in Newport eingegangenen Meldung sollte das amerikanische Schlachtschiff „Oregon“ einen spanischen Torpedobootszerstörer bei dem Versuche, in den Hafen von Santiago einzulaufen, in den Grund geholt haben. Dabei sollten alle an Bord des Torpedobootszerstörers Verbliebenen umgekommen sein. Es sei ungewiß geblieben, ob das zerstörte Schiff der „Error“ oder der „Furor“ gewesen. Die „Oregon“ habe ein langgestrecktes Boot die Küste entlang fahren sehen und durch Signale zum Anhalten aufgefordert. Als die Signale nicht in der richtigen Weise beantwortet wurden, habe die „Oregon“ auf den Torpedobootszerstörer eine 13 Zoll = Granate abgefeuert, die ihn in der Mitte des Rumpfes traf. Dieser „Siegesnachricht“ ist die Berichtigung aber auf dem Fuße gefolgt. Wie ein an Bord der „Newport“ (des Flaggschiffes des vor Santiago liegenden amerikanischen Geschwaders) befindlicher Verlesterplatter drastisch meldet, ist die Nachricht von der Vernichtung eines spanischen Torpedobootszerstörers unbarbar.

New-York, 6. Juni. Das „Evening Journal“ veröffentlicht eine Depesche aus Kap Haitien, nach welcher heute früh bei Tagesanbruch amerikanische Truppen wenige Meilen östlich von Santiago bei Aguadones ausgeschifft wurden. Die Geschütze des Geschwaders des Admirals Sampson hätten die Landung unterstützt, nachdem sie zunächst die Strandbatterien zum Schweigen gebracht hätten. Das Blatt fügt hinzu, es sei zweifelhaft, ob es sich um eine andere oder dieselbe Landungsunternehmung handle, über die heute bereits aus Kingston eine Meldung eingegangen war.

Washington, 6. Juni. Der Kapitän Gribbley von dem Kriegsschiff „Olympia“, der in dem Kampfe vor Manila verwundet worden war, ist in Kobe in Japan gestorben.

Amerikanische Kriegskosten.

Was der Krieg die Vereinigten Staaten kostet, darüber spricht sich die gestern eingetroffene „New-Yorker Handelsztg.“ so aus: Für den ersten Monat stellen sich die Kriegskosten der Bundesregierung, einer officiellen Aufstellung gemäß, auf nicht weniger als 80 Mill. Dollar oder auf nahezu 3 Mill. Dollar den Tag. Da in dieser Summe die Kosten für die Vorbereitungen zum Kriege, durch Anschaffung von Schiffen, Kanonen und sonstiger Ausrüstung eingeschlossen sind, werden sich für die Folge die Kriegskosten weit niedriger stellen. Immerhin rechnet man jedoch in Regierungskreisen für kommende Zeit auf eine Ausgabe für Kriegszwecke von 1 Million Dollar den Tag. Den größten Vortheil von diesen enormen Ausgaben haben natürlich die Lieferanten von Materialien aller Art, da die Regierung bei der Kürze der Zeit und der Schnelligkeit der Lieferung sich nicht auf die Ausschreibung von Angeboten einlassen konnte, sondern das Kriegsmaterial kaufen mußte, wo es am schnellsten zu erhalten war. In nicht wenigen Fällen mußten daher auch weit höhere Preise als die Marktnotirungen bezahlt werden. Allein 25 000 000 Doll. sind für den Ankauf von Schiffen verwandt worden und trotzdem, daß die Preise von einer dazu eingesetzten Behörde festgesetzt wurden, sind dennoch viele Schiffe weit über ihren Werth bezahlt worden. Rechnet man hierzu noch die Summen, die für die Miete von einer Anzahl Schiffen bezahlt worden sind, dann stellen sich die Ausgaben allein für Schiffe auf 38 000 000 Dollars, wozu noch an 10 000 000 Dollars für deren Ausrüstung kommen. Eine große Rolle in dem Kriesesat spielen die Kohlen, für die bis jetzt schon über 3 000 000 Doll. bezahlt wurden. Die nachfolgende Aufstellung, die auf Schätzungen von Sachverständigen, auf Grund der von der Regierung bezahlten Preise basiert, liefert eine Uebersicht über die Hauptposten der zur Aufschaffung des notwendigen Kriegsmaterials bisher gemachten Ausgaben:

Für Ankauf und Miete von Schiffen	Doll.	38 000 000
Für deren Kriegsausrüstung	"	10 000 000
Für Waffen	"	3 000 000
Für Truppentransport	"	3 500 000
Für Armeekloster	"	7 000 000
Für Kanonen und Munition	"	8 000 000
Für Trampfeln für einen Monat	"	2 700 000
Für Trampfeln für einen Monat	"	640 000
Für Kabel und Telegramme	"	75 000
Sonstige Ausgaben	"	10 000 000

werden, und ihr Vorräthen zur Front wird durch die Schwierigkeit, das nöthige Material in kurzer Zeit zu beschaffen, vergrößert. Außer Uniformen und Schuhwerk sind u. a. benöthigt 30 000 Zelte, 100 000 Hängematten, 75 000 Feldutensilien, 100 000 Garnituren Unterbekleidung, 100 000 Kanbas-Uniformen für die kubanische Infanterie-Armee, 50 000 Gewehre sowie Lebensmittel für vorerst 60 Tage. Um sich nur annähernd einen Begriff zu machen, was zur Ernährung dieser Truppenmassen gehört, sei hier eine der letzten Bestellungen, die vom Kriegsdepartement gemacht wurden, angeführt. Bei einer Firma in St. Louis wurden 5 000 000 Loth hartes Brod für die nach Manila gehenden Truppen bestimmt, bestellt. Eine weitere Sendung von ebenfalls 5 000 000 desselben Brodes soll nach Kuba gehen, 340 000 Pfund Bohnen sind bei einer New-Yorker Firma bestellt. Bei deren Zubereitung sollten 140 000 Pfund Speck zur Verwendung kommen. Um die Kuba-Armee nicht dursten zu lassen, sind für diese 60 000 Pfund Kaffee und 20 000 Pfund Thee bestellt. Auch die Hospitalverwaltung hat große und kostspielige Bedürfnisse und es befinden sich unter dem angekauften Vorrath von Medicinen allein 5 000 000 Chininkapseln.

Aus dem Reiche.

Nach einer Bestimmung des Kaisers soll das Artillerieschiff „Mars“ während der Negattage als Potelischiff für die englischen Gäste bei Vögeland dienen. — Gestern, am 6. Juni, waren 25 Jahre seit dem Hinscheiden des Prinzen **Walbert von Preußen**, des Begründers der deutschen Marine, vergangen. Am Sonntag des Prinzen im Interimsdom wurde Mittags durch eine Deputation aus Offizieren des Oberkommandos der Marine und des Reichsmarineamtes ein Kranz niedergelegt. Die Deputation unter Führung des Kontre-Admirals Varodon bestand aus dem Kapitän z. S. Fißel, Korvettenkapitän Werde, Kapitän- lieutenant Scher und Lieutenant z. S. Fehren, von Kewstern. In Wilhelmshafen wurde vom Seeoffizierkorps ein Kranz an dem Denkmal des Prinzen Walbert niedergelegt. — In München ist der frühere dortige Gesandte Sachsen

von **Fabrice**, der vor wenigen Monaten wegen seines vorgerückten Alters in den Ruhestand trat, gestorben. — Nach langem Leiden ist im 63. Lebensjahre der Geh. Oberschatzrath, vortragender Rath im Finanzministerium und Mitglied der Hauptverwaltung der Staatsgüter, der **Geheimrath Dahle** gestorben. — A. ist nach langem schweren Leiden im 88. Jahre der Fabrikbesitzer, künftiger Geh. Commerzienrath **Karl Emil Ehart** in Berlin gestorben. Derselbe war einer der bestkennnten Industriellen der Papierbranche. — Der **Verband der deutschen Post- und Telegraphen-Unterbeamten**, der am 30. Januar begründet wurde, hielt am Sonnabend und Sonntag in Berlin eine konstituierende Generalversammlung ab. Der Verband zählt bereits gegen 4000 Mitglieder, die sich auf 20 Oberpostdirektionsbezirke in Deutschland theilen. Der Verband bezweckt, wie der provisorische Vorsitzende ausführte, die Bildung von Unterstützungskassen der Postunterbeamten in Nothfällen des Lebens, die Wittwen- und Waisenunterstützung, die geistliche und Fachausbildung seiner Mitglieder, am bei der in Aussicht genommenen Zwischenstellung im Reichspostdienste zwischen Unterbeamte und Post- beziehungsweise Telegraphen-Assistenten diese hierzu zu befähigen. Aus diesem anerkennenswerthen Grunde hat der Verband auch die Unterstützung der Reichspostbehörde gefunden. Die Verhandlungen des ersten Verbandstages beschränkten sich auf die Feststellung der Statuten für den Verband.

Vertheilung der Sargen für den Kaiser-
brigade, gebildet aus Offizieren, Unter-
offiziere und Mannschaften des zweiten und
vierten Garderegiments zu Fuß und des
Gardesüßlerregiments, hat gestern früh eine
große Leichensahrt angetreten nach Frankfurt
a. O., Königsberg Pomm. und über Schwedt und
Angermünde nach Templin. Dann begiebt sich
das Detachement in das Mandövergelände der
Kaiserbrigade. Die Dauer der Fahrt ist auf
jedes Tage bemessen. — Der **ostdeutsche**
Jünglingsbund, der 270 Vereine mit 15 500
Mitgliedern umfaßt, hielt am Sonntag in
Berlin sein Bundesfest ab. Der Bund, der sich
über die Mark und die Provinzen Sachsen,
Pommern, Ost- und Westpreußen und Polen,
sowie über das Herzogthum Anhalt erstreckt,
hat in den letzten Jahren einen gewaltigen
Aufschwung genommen. In Berlin unterhält
der Bund drei Gesellenheime und hat sich
namentlich der einwandernden männlichen
Jugend anzunehmen gesucht. — **Miquel-
Bröckchen** nennt ein findiger Berliner Bäckermейster
der Alten Schönhauserstraße seine schwachhaarigen
Miniatur-Erzeugnisse, von denen es auf ein Stüd
für zehn Pfennige giebt. Jedes Miquel-
Bröckchen ist allerdings auch nur ein feinstger
Gappan. — Die bayerische Abgeordnetenkammer
beschloß, daß der Steuergeßensatz zur
Berathung der **Steuerreform** und ferner ein
besonderer Fußsatzungsatz für Vorberatung
der durch die Einführung des Bürgerlichen
Gesetzbuches erforderlichen Gesetze auch während
der Vertagung des Landtages in Thätigkeit
bleiben sollen.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni. Der engere Vorstand des Bundes der Landwirthe veröffentlicht folgende Erklärung: In der letzten Zeit gingen durch die Presse Angriffe gegen den Bundesvorstand, als habe er die Mitglieder des Bundes beim Zugewe von Dingenmitteln gesündigt. Ein derartiger ungescheuerlicher Vorwurf erscheint als der Gipfel von Verleumdungen, welche, in diesem Augenblick gebracht, sich als eines der unanfechtbarsten Wahlmanöver von selbst kennzeichnen. Indem wir diesen Vorwurf als selbstverständlich völlig grundlos und unwahr hiermit zurückweisen, hatten wir es für unter unserer Würde, uns gegen derartige ergränzungsbedürftige Behauptungen in der Presse zu vertheidigen. Unsere Bundesmitglieder sind über die Organisation des Bundes auch auf dem Gebiete der landwirthschaftlich-technischen Verhältnisse völlig unterrichtet; wir werden aber nicht

unterlassen, wiederholt unseren Mitgliedern den Geschäftsgang in unserer Bundespresse eingehend darzustellen zu lassen. Im Uebrigen werden wir die ganze unerhörte Verhöhnung dem Gesamtausschusse des Bundes, als dem hierzu statutenmäßig kompetenten Organe, zur eingehendsten Prüfung unterbreiten. Unseren Mitgliedern wird das Urtheil des Ausschusses des Bundes sofort zur Kenntniß gebracht werden.

Weiter folgt dann eine lange Darlegung des Geschäftsganges, in der aber thatsächlich nur bestätigt wird, was über das Geschäftsgeschehen des Bundes der Landwirthe in der Presse behauptet worden ist: Der Bund nimmt einen Theil des Gewinnes für seine Kriegskasse in Anspruch und die Oberbeamten beziehen eine besondere Tantieme für ihre Geschäftsvermittlung.

— Der Synodus der Handelskammer zu Nordhausen, Generalconsul a. D. Dr. Reitz veröffentlicht in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung zc. einen Aufsatz über das Wahlrecht der preussischen Handelskammern, dem wir folgendes entnehmen: Während sich 1895 von 74 Handelskammern nur 14 (d. i. 19%) für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen, haben sich nunmehr, nachdem das neue Gesetz ihnen die Abschaffung desselben ermöglicht, 45 Kammern (61%) für Beibehaltung desselben entschieden. Dagegen ist das allgemeine Wahlrecht nur von den Kammern in Viefelsfeld, Braunsberg, Bromberg, Elberfeld, Jüterburg, Limburg, Lüneburg, Posen, Saarbrücken, Verden, Weisel beibehalten worden. Diejenigen Betriebe, welche zur vierten Gewerbesteuerklasse veranlagt sind, werden principiell von Wahlrecht und Beitragspflicht ausgeschlossen durch die Kammern in Altens, Arnberg, Barmen, Eupen, Jerslohn, Koblenz, N. Gnadab, Mühlhausen in Thür., Mülheim, Neus, Straßburg, Wiesbaden. Von einer gewissen Höhe der Gewerbesteueranlage ist Wahlrecht und Beitragspflicht abhängig gemacht in Bonn (56 Mart), Breslau (40 Mart), Frankfurt a. O., Götting, Kiel, Pottbusch, Minden, Sorau (32 Mart), Mülheim a. Rh. (30 Mart), Siegen (28 Mart), Rassel, Plessing, Siedenscheid, Sagan (24 Mart), Danau, Silbeshelm, Nordhausen (20 Mart), Dillenburg, Goslar, Halberstadt, Leer (16 Mart). Hannover hat für den einen Wahlbezirk einen Zensus von 36 Mart, für die anderen von nur 20 Mart eingeführt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Juni. In der heutigen stonferenz der Obmänner des Klubs erklärte die Abg. Kaiser, Grob und Dazginski, daß die von ihnen vertretenen Klubs es für unzulässig halten, im Wege außerordentlicher Abend-sitzungen die Beratung der weiteren Dringlichkeitsanträge zu unterbrechen, und daß sie demnach auf entschiedenste gegen eine geschäftsordnungsmäßige Behandlung der von der Regierung eingebrachten Vorlage seien. Der Abg. Wolf bemerkte, seine Partei stände auf dem Standpunkt der am 29. April vom Abg. Fumde im Namen aller Oppositionsparteien abgegebenen Erklärung, nach welcher jede positive Arbeit des Parlaments durch Anwendung der Obstruktion verhindert werden würde, so lange die Sprachenverordnungen nicht aufgehoben seien. Abg. Frhr. v. Malfatti trat dafür ein, daß in den Vormittags-sitzungen die Sprachendeckelte fortgesetzt, und in den Abend-sitzungen über die Regierungsvorlagen verhandelt werde. Von den Klub-Obmännern der Majorität egriff Niemand das Wort.

Die „Wiener Abendpost“ bezeichnet die Meinung, daß ein Theil der Hoffestlichkeiten außerhalb des Regierungsjubiläums des Kaisers bereits im August stattfinden werde, für vollkommen unrichtig. Das Blatt bemerkt, das für die ersten Tage des Dezember entworfenen Festprogramm habe keinerlei Veränderung erfahren.

Arbeiterbewegung.

In **Mueghaldenleben** legten am 2. Juni die bei den Banten beschäftigten Maurer an Veranordnung des Maurerverbands-Vorstandes die Arbeit nieder, da sich die dortigen vereinigten Meister und Bauunternehmer weigerten, die geforderte Lohnerhöhung von 27 Pf. auf 35 Pf. für die Stunde zu bewilligen und überhaupt mit der Auslands-Kommission in Unterhandlung zu treten. — In der Ortschaft **Sagen bei Sönnabrid** bei der Georgs-Marienhütte fand in dem Bedmannschen Gasthause, in welchem wegen des Ausstandes die Genarmen stationiert sind, eine Explosion einer Dynamitpatrone statt, welche auf ein Fenster gelegt war. Ein Theil der Mauer, sowie das Fenster sind zerstört. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Thäter ist bisher noch nicht entdeckt. — In **Cardiff** wurden am Sonnabend die Beratungen der Kohlengrubenbesitzer wieder aufgenommen. Die von den Arbeitern geforderte 10prozentige Lohnerhöhung wurde wiederum abgelehnt.

Zur Wahlbewegung.

Stettin, 7. Juni. Den Wählern lag am letzten Tagen ein Aufruf für die Reichstagskandidatur des Herrn *Mag. Broemel* bei. Es ist bezeichnend, daß der Aufruf diesmal eine ganze Reihe von Unterschriften trägt, die, ohne gerade engere Parteigenossen des Herrn *Broemel* zu sein, doch seine Wahl empfehlen, weil sie in dieser Kandidatur die einzige Möglichkeit sehen, den Wahlkreis Stettin der Sozialdemokratie wieder zu entreißen. Ob das gelingen wird, ist allerdings noch eine Frage! Immerhin dürfte nur für den Fall, daß es gelingt, Herr *Broemel* in eine Stichwahl mit dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu bringen, Aussicht auf Erfolg zu hoffen sein! Denn gegenüber der geeinten Sozialdemokratie sind die bürgerlichen Parteien wieder selber unter sich zerfallen. Statt gemeinschaftlich Front gegen den gemeinsamen Gegner zu machen, und um des patriotischen Zwecks willen bei der Reichstagswahl alle Gegensätze begraben sein zu lassen, hat jede Partei ihren eigenen Kandidaten auf den Schild erhoben, so daß die Aussicht, den Sozialdemokraten den Wahlkreis schon in der Hauptwahl entreißen zu können, auf Null gesunken ist. Es kann sich daher nur noch darum handeln, denjenigen Kandidaten in die Stichwahl zu bringen, der noch am leichtesten die Stimmen der verschiedenen bürgerlichen Parteien auf sich zu vereinen vermag. Und das

dürfte ohne Zweifel Herr Broemel sein! Denn von den anderen Kandidaturen kommt wohl die des Herrn v. M o s c h hier überhaupt nicht ernstlich in Betracht. Und was den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei, Herrn Reichsanwalt Sparagnapane, anlangt, so hat derselbe sich durch sein Auftreten wohl auch schon selbst den Hals gebrochen. Die Verberische Kritik, die Wahlrede des Herrn Reichsanwalts sei mehr eine „Pierrede“, als die eines ernsthaften Wahlkandidaten gewesen — ist nicht unberechtigt. Und daran wird auch nichts dadurch geändert, daß als Stützhelfer der Kandidatur Sparagnapane Herr Wilhelm Will auftritt, und ein sehr jugendlicher Politiker, Herr Dr. Michaelis, alter im Kampfe für Freisinn und Liberalismus erprobte und ergrante Kämpfer „von seinen Nachschöffen abschütteln“ will! Es ist nicht gut denkbar, daß nach derlei Broben die Kandidatur Sparagnapane noch sonderlich ernst genommen wird, und noch weniger dürften die so freundlich „Ausgesüßten“ Zuh. zeigen, in der Stichwahl sich besonders für Herrn Sparagnapane zu begeistern. Weit ernster ist allerdings die Kandidatur des Herrn Medakteurs M a f f e w i t z. Herr Maffewitz ist ohne Zweifel ein gewiegter Politiker und ein geborner erster Ranges. Auch seine diesmalige Wahlrede gab wieder davon Zeugnis. Er würde daher seinen Platz im Reichstage voll ausfüllen. Außerdem hat Herr Maffewitz hier auch außerordentlich viel persönliche Sympathien, ja Viele sind der Ueberzeugung, daß Herr Maffewitz eigentlich in den Reichstag hineingehöre und daß er dort jedenfalls seiner Partei von vornherein größtem Nutzen sein würde, als viele der jetzigen Herren Reichstagsboten. Aber wie groß auch diese Sympathien sein mögen, die vielen faden Verbindungen des Herrn Maffewitz mit dem Bunde der Landwirthe haben ihn auf einen politischen Boden gezogen, der sich mit den Interessen einer Handelsstadt wie Stettin doch nur schwer vereinigen läßt, und der es wenigstens einer größeren Zahl von Wählern doch außerordentlich schwer machen würde, für ihn zu stimmen. Kommt Herr Maffewitz daher in die Stichwahl, so ist Gefahr vorhanden, daß ein größerer Theil der Wähler aus den bürgerlichen Parteien sich der Stimmabgabe enthält, und so der sozialdemokratische Kandidat die Oberhand gewinnt. Wer daher ernstlich eine Stichwahl will,

Der ernstlich mit der Sozialdemokratie im
 einer Stichwahl mit Auszicht auf Erfolg zum
 Wahlkreis Steettin ringen will, der wird auch
 alles daran setzen müssen, daß auch derjenige
 Wahlkandidat in dieselbe gebracht wird, der am
 meisten Auszicht hat, in der Stichwahl die
 Stimmen auf sich zu vereinen. Und das ist
 wie gesagt, so wie die Verhältnisse hier einmal
 liegen, nur Herr Broemel. Herr Broemel steht
 in der mittleren der sich noch bekämpfenden
 bürgerlichen Parteien, es wird ihm daher möglich
 sein, Stimmen von rechts und von links in
 größerem Maße an sich heranzuziehen. Er-
 freulich ist, daß unsere katholischen Mitbürger,
 welche bei früheren Reichstagswahlen in der
 Person des Herrn Legationsrath von Kähler
 einen Kandidaten aufgestellt hatten, nach den
 Anforderungen des Broemel'schen Auftrufs zu
 urtheilen, diesmal schon in der Hauptwahl für
 Herrn Broemel stimmen wollen. Wir wissen
 wohl, daß Herr Broemel hier außer Sympathien
 auch Antipathien begegnet. Aber wenn dieser
 oder jener jetzt auch erklärt: Ich stimme nicht
 für Herrn Broemel — so ist das nicht zu ernst-
 zu nehmen! Für die Hauptwahl mag dieser
 Auszicht der abweichenden Elemente ja fest-
 stehen; bei der Stichwahl aber pflegt ein Jeder
 sich die Sache nochmals zu überlegen, und wenn
 auch nicht aus anderen Ursachen, so schon allein
 aus dem Grunde „des kleineren Uebels“ für
 einen Kandidaten zu stimmen, der ihm anfäng-
 lich nicht sündelich sympathisch war. Aber
 ernstlich den Wahlkreis nach der Sozial-
 demokratie retten will, stimme daher so, daß
 Herr Broemel in die Stichwahl kommt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. Juni. Ueber die beiden Monumentalbrunnen, welche im Jahre 1898 Stettin zieren sollten, scheint kein glücklicher Stern zu schweben. Die Herstellung derselben scheint sich länger und länger verzögern zu sollen. Bekanntlich wird der eine dieser Brunnen, der Mangelbrunnen, welcher auf dem Platz zwischen Rathhaus und Post zu stehen kommt, der Stadt Stettin vom Staate geschenkt. Aber trotz dieser Eigenthum kostet der Brunnen der Stadt bereits ein schönes Stück Geld und wird ihr sicher noch mehr kosten. Augenblicklich werden für die Fundamentirungsarbeiten desselben 36 400 Mark verlangt, dazu kommen noch 38 600 Mark, die bereits für ein Pumpwerk bewilligt sind, welches das Wasser für die Speisung dieses Mangelbrunnens, sowie der Brunnen auf dem Viktoriaplatz und am Berliner Thor besorgen soll. Rechnet man hierzu noch die jährlichen Unterhaltungskosten für Wasser u. s. w., so sieht man — billig sind solche Brunnen nicht, auch wenn der Brunnen selbst der Stadt geschenkt wird. Das glüge aber noch und man wolle diese Mittel gerne u. bewilligen, wenn man nur sähe, daß die Sache überhaupt vorwärts kommt! Aber der Platz zwischen Rathhaus und Post, der völlig hergestellt früher ein Schmuck und eine Zierde für die Stadt war, ist jetzt fast Monaten aufgewischt. Die etwas merkwürdige kleinere Bank und Treppe, das sogenannte Gießantennopha, die früher dort waren, sind schon seit dem vorigen Herbst verschwunden. Wenn sich nun auch allerdings über den Geschmack dieser Anlage streiten ließ, so ist doch die Wasserpfeife, welche sich den ganzen Winter über an derselben Stelle befand, unfreilich nicht schöner gewesen! Jetzt hat man die Stelle endlich mit einem Baumzaun umgeben! Wenn es in dem Tempo weiter geht, so ist ja Hoffnung vorhanden, daß unsere Kinder oder Enkel in ihrem Greisenalter vielleicht noch einmal die Vollendung des Werkes sehen können! Wie wir hören, ist die Hoffnung, daß der Mangelbrunnen noch im Jahre 1898 seine Wasser spielen läßt, bereits völlig aufgegeben.

Aber auch mit dem zweiten Kunstbrunnen am Berliner Thor geht die Sache nicht vorwärts! Woran es hier liegt, wissen wir nicht! Das Geld für diesen Brunnen ist ja längst durch freiwillige Zeichnungen aufgebracht, auch ist dem Künstler ein Theil dieses Geldes bereits

